

25.09.2015

Die Mitte **CDU**



*Liebe Freunde,*

die hohe Zahl der Flüchtlinge ist eine große Herausforderung für Deutschland und Europa. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung. Ihnen wollen und müssen wir helfen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine nicht unerhebliche Zahl an Flüchtlingen aus den Balkanstaaten kommen, die praktisch keinerlei Anrecht auf Asyl bei uns haben. Dieses Jahr rechnen wir mit 1 Million Flüchtlingen. Eine unglaubliche Zahl. Darum müssen wir auch die berechtigten Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen und Antworten auf ihre Fragen finden. Um den wirklichen Kriegsflüchtlingen, zum Beispiel aus Syrien oder dem Irak, helfen zu können, müssen wir den Zustrom aus sicheren Herkunftsstaaten deutlich verringern und die Asylverfahren erheblich verkürzen.

Gut in diesem Zusammenhang ist, dass wir im Koalitionsausschuss die ersten Schritte in die richtige Richtung zur Lösung der Flüchtlingskrise unternommen haben. So statten wir zum Beispiel Länder und Kommunen mit deutlich mehr Geld aus: Allein in diesem Jahr gibt es 500 Millionen Euro mehr für die Länder und Kommunen geben. Ab dem nächsten Jahr soll die Hilfe dauerhaft um 3 Milliarden Euro aufgestockt werden. Außerdem wollen wir schon in den Fluchtländern ansetzen und Fluchtursachen bekämpfen. Dafür wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den kommenden Jahren finanziell massiv aufgestockt. Des Weiteren sollen weitere Länder des Westbalkans zu sichere Herkunftsstaaten erklärt werden. Die Koalition hat ein Gesetzpaket vereinbart, das deutlich die Handschrift der Union trägt. Wir erwarten, dass dies auch zusammen mit den Ländern und Kommunen umgesetzt werden kann. Dieses Gesetzpaket entspricht unserem Grundsatz, denjenigen zu helfen, die ein Bleiberecht in unserem Land haben, und diejenigen schnellstmöglich zurückzuschicken, die hier nicht bleiben können.

Um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, trafen sich am Donnerstag unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder zum so genannten Flüchtlings-

gipfel.

Auch in Europa müssen die Länder solidarischer miteinander umgehen. Deutschland wird die Krise nicht alleine bewältigen können und die Lasten müssen gerecht in Europa verteilt werden. Die Schengen und Dublin Regelungen müssen eingehalten und konsequent umgesetzt werden. Am Mittwoch haben sich zu diesem Zwecke die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union getroffen und beschlossen, Europas Grenzen besser zu sichern. Außerdem sollen unter anderem in Griechenland und Italien Aufnahmehotspots eingerichtet werden und die Flüchtlinge gerecht über Europa verteilt werden.

Diese Schritte können aber nur ein Anfang sein: wir müssen weiter konsequent anpacken. Balkan-Flüchtlinge müssten beispielsweise innerhalb weniger Tage wieder zurückgeschickt werden. Dies hat auch Angela Merkel in ihrer gestrigen Regierungserklärung angekündigt, in der sie auch betonte, dass Europa zusammenstehen muss. So wird es unter anderem eine gemeinsame europäische Liste mit sicheren Herkunftsstaaten geben.

Ein wichtiges Thema ist auch die Integration. Dadurch, dass der Chef der Bundesagentur für Arbeit jetzt auch Chef des Bundesamtes für Migrationen und Flüchtlinge ist, erhoffe ich mir Synergieeffekte. Integration gelingt am Besten durch die Einbindung in unsere Gesellschaft. Dazu gehört auch, die Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive schnell in Arbeit zu bringen. Hier gibt es noch deutlichen Verbesserungsbedarf. Als Bund werden wir außerdem verstärkt Sprachkurse fördern.

Ich setze mich dafür ein, dass wir die beschlossenen Maßnahmen nun konsequent umsetzen und außerdem über diese ersten Schritte hinaus noch weitere wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise erarbeiten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

## Delegation der Städtepartner Achim und Cesis bei mir in Berlin

Der Achimer Bürgermeister Reiner Ditzfeld hat gemeinsam mit einer lettischen Delegation aus der Partnerstadt Cesis mich in Berlin besucht. Neben einem ausführlichen Rundgang durch Reichstag & Co., bei dem die Besuchergruppe aus Lettland einen Blick hinter die Kulissen des Bundestages werfen konnte, stand für den Besuch in der Hauptstadt noch ein gemeinsames Abendessen, mit mir und meinen Mitarbeitern im Büro, in der niedersächsischen Landesvertretung im Programm. Ich habe mich gefreut, mir persönlich Zeit nehmen zu können, den Besuch von Bürgermeister Ditzfeld durch die Häuser zu führen und über politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Deutschland und Lettland zu diskutieren.

Die Besucher aus Cesis sind allesamt sehr sympathisch und wir hatten einen schönen Abend zusammen in Berlin. Ich

denke immer gern an meine Zeit als Langwedler Bürgermeister zurück, und deshalb ist es mir auch heute noch sehr wichtig, einen guten Draht zu den Bürgermeistern in meinem Wahlkreis zu haben. Einen Höhepunkt erreichte die Stimmung in der niedersächsischen Landesvertretung, als wir auf dem Flur einen „herrenlosen“ Kickertisch entdeckten, den wir natürlich sofort für ein lettisch-deutsches Freundschaftsspiel genutzt haben.



## Zuschüsse für Klassenfahrten nach Berlin in 2016 können beantragt werden

Ich möchte alle weiterführenden Schulen in meinem Wahlkreis darauf hinweisen, dass ab jetzt Zuschüsse für Klassenfahrten in 2016 nach Berlin beantragt werden können. Es gibt ein begrenztes Kontingent an finanziellen Zuschüssen für Informationsbesuche des Deutschen Bundestages. Das schließt die Fahrtkosten und einen Imbiss im Besucherrestaurant mit ein. Sowohl in den Plenarwochen als auch in den sitzungsfreien Wochen des Bundestages stehen jeweils 100 bezuschusste Plätze für Schulklassen aus meinem Wahlkreis zur Verfügung. Interessierte Lehrkräfte wenden sich, unter Angabe des Termins und der voraussichtlichen Teilnehmerzahl, an mein Verdener Wahlkreisbüro unter Telefon 04231 98 25 30 beziehungsweise per Mail unter: [andreas.mattfeldt.wk@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt.wk@bundestag.de). Mit festen Zusagen zu Terminen und Zuschüssen ist ab Oktober zu rechnen.

Der Deutsche Bundestag bietet verschiedene Programmpunkte für Klassen mit Schülern ab 15 Jahren an. Dazu gehören die Teilnahme an einer Plenardebatte, ein Vortrag zur Arbeit des Parlaments auf der Besuchertribüne des Plenarsaals, Führungen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten und die Besichtigung der Reichstagskuppel. Laufend erweitert werden die Angebote im Deutschen Dom in Berlin: Hier bietet der Besucherdienst des Bundestages diverse Themenführungen und Filmvorführungen, ein interaktives Rollenspiel im nachgebauten Plenarsaal sowie unterschiedliche Schülerprojekte an. Weitere Informationen sind auf [www.bundestag.de/besuche](http://www.bundestag.de/besuche) zu finden.

Sofern es der Terminplan ermöglicht, empfangen ich alle Gäste aus seinem Wahlkreis gern zu einer persönlichen Führung durch das Reichstagsgebäude sowie zu einem gemeinsamen Diskussionsgespräch.

## Integrationsbetriebe fördern

Wir beraten die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales zu dem Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben. In dem Antrag treten wir dafür ein, Integrationsbetriebe stärker zu fördern und die Chancen schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsplatz zu verbessern. Unter anderem schlagen wir vor, die Anschubfinanzierung und Evaluierung neuer Plätze in Integrationsbetrieben aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe zu gewährleisten, die Zielgruppe der Integrationsbetriebe auf schwerbehinderte Menschen auszuweiten und die Wettbewerbsfähigkeit der Integrationsbetriebe durch besondere Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken. Auch die Weiterbildung in Integrationsbetrieben soll verbessert und die besondere Gesundheitsförderung ausgebaut werden.

## Kommunalfreundliche Politik

In diesem Antrag fordern wir die Regierung dazu auf, die kommunalfreundliche Politik des Bundes fortzusetzen. Obwohl originär die Länder für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind, unterstützt der Bund die kommunale Ebene bei einer Vielzahl ihrer Aufgaben, etwa beim Breitbandausbau oder der Energiewende. Auch kommunale Investitionen und die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind mit Blick auf die kommunale Finanzlage von besonderer Bedeutung für uns.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 10 18**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Sebastian Fischer